WP-04-530 Ein Land der Solidarität

Antragsteller*in: LAG Soziales, Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik
Beschlussdatum: 01.11.2026

Änderungsantrag zu WP-04

Von Zeile 530 bis 535:
Der aktuelle Teilhabebericht zeigt ~~positive Entwicklungen, aber auch~~, dass der Übergang aus Werkstätten für Menschen mit Behinderungen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ~~ausbaufähig ist~~weiterhin bei deutlich unter 1% liegt. ~~Wir bauen Inklusionsbetriebe aus, verbessern~~Deshalb wollen wir das System im Dialog mit allen Beteiligten konsequent hin zu Inklusionsbetrieben umbauen, risikolose und einfachere Übergänge in reguläre Beschäftigung ermöglichen und fordern von der Bundesregierung, ~~den Prozess zur fairen~~die faire Entlohnung von Werkstattbeschäftigten (u.a. Anwendung des Mindestlohns) zügig und verlässlich finanziert ~~fortzusetzen~~umzusetzen. Die "Anderen Leistungsanbieter" sind eine Alternative zur Werkstatt. Sie sollten in NRW insbesondere von den Landschaftsverbänden stärker ausgebaut werden.

Begründung

Die aktuelle Formulierung stellt den Bundesteilhabebericht viel zu positiv dar und verschweigt die kaum messbare Vermittlung von Werkstätten in den 1. Arbeitsmarkt. Es gibt keine nennenswerten positiven Entwicklungen! Diese Einschätzung wird auch von der GRÜNEN BAG Behindertenpolitik geteilt.

Auch die Formulierung zu den Bemühungen der aktuellen GroKo ist unangemessen positiv.

Im Kern geht es hier aber darum, die politische Priorität der GRÜNEN ganz eindeutig zu formulieren: Inklusionsbetriebe statt Werkstätten. Nicht als Alleingang, sondern im Dialog.

Und wie wir Brücken von A nach B bauen, Ängste nehmen, die Übergänge einfacher und risikoloser gestalten.

Die Forderung nach fairer Entlohnung von Werkstattbeschäftigten wollen wir konkretisieren.

Zudem verdienen die aufkommenden "Anderen Dienstleister" eine Erwähnung, da sie wichtige Arbeit leisten und ein Baustein sind, um zu inklusiverer Arbeit zu kommen.